

Literatur-Rundschau

Lutz Hachmeister/Dieter Anschlag (Hg.): Rundfunkpolitik und Netzpolitik. Strukturwandel der Medienpolitik in Deutschland. Köln: Herbert von Halem Verlag 2013 (= edition medienpraxis, Band 10), 336 Seiten, 24,00 Euro.



Die schlüssigsten Belege für das Verhältnis von Rundfunkpolitik und Netzpolitik finden sich auf den letzten Seiten: In drei graphischen Darstellungen (Rundfunkpolitik/Rundfunkaufsicht/Landesmedienanstalten) dokumentiert Mitherausgeber Dieter Anschlag, welcher ein gewaltiger und perfekt institutionalisierter Politikbereich sich hier für den Rundfunk in Jahrzehnten ausgebildet hat. Dem steht das Urteil von Sascha Lobo, dem populären Internetpionier, gegenüber, dass die Netzgemeinde bei der Verabschiedung des Leistungsschutzrechtes („das allerbekloppteste Gesetz“, S. 321) keine ernst zu nehmende kommunikationspolitische Kraft gewesen sei. Trotzdem: Versucht man, die Quintessenz der hier versammelten 25 Autorinnen und Autoren zu rekonstruieren, so dürften sich diese Gewichte – wenn auch langsam, aber stetig – in Zukunft grundlegend wandeln. Voraussetzung dafür wäre, dass es zu einer Verlagerung von Kompetenzen von den Ländern zum Bund kommt. Mit ihren 14 üppig dotierten Landesmedienanstalten haben die Bundesländer allerdings Strukturen geschaffen, die einem raschen Wandel entgegenstehen.

Die kritische Auseinandersetzung mit diesen Institutionen ist denn auch der Ausgangspunkt der Analyse von Lutz Hachmeister und Dieter Anschlag; ihr titelgebender Essay erschien zuerst in der „Funkkorrespondenz“ und löste eine lebhaftige Debatte aus, die dieses Buch nun dokumentiert. Obwohl so nur eine Buchbindersynthese entstand, vermittelt allein schon die Bandbreite der sich äußernden Akteure eine enzyklopädische Sicht. Eingefunden zum Diskurs haben sich: Juristen (Karl-Heinz Ladeur, Bernd Holzengel, Pascal Schumacher, Thomas Vesting), Kommunikations- und Sozialwissenschaftler (Wolfgang Hagen, Oliver Marchart, Miriam Meckel, Leonard Novy, Markus Schächter, Gerhard Vowe), Parteienvertreter (Marc Jan Eumann, Christopher Lauer, Cem Özdemir, Oliver Passek, Ruprecht Polenz, Tabea Rössner), Rundfunkverantwortliche (Thomas Fuchs, Frauke Gerlach, Lutz

Marmor, Norbert Schneider, Siegfried Schneider) und endlich noch Journalisten (Jakob Augstein, Wolfgang Blau, Steve Hewlett, Christoph Keese, Sascha Lobo sowie Ole Reissmann).

Wer sich noch an die Übersichtlichkeit der Kommunikations- und Medienpolitik bis in die Achtzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts erinnert, der wird die nun zu berücksichtigende Gemengelage geradezu chaotisch finden, wenngleich in vielen Beiträgen noch immer an das Klein-Klein der alten Schlachten erinnert wird. Geblieben aus dieser Historie sind Fragen wie das Ziel der Vielfaltssicherung, die Finanzierung und Kontrolle öffentlicher Medien und ihre Konkurrenz zu den Zeitungsverlagen; geblieben aus der Vergangenheit ist nicht zuletzt – und dramatischer aufgeladen denn je – das Thema Jugendmedienschutz. Die neuen Stichworte sind: Hybridisierung, digitale Regulierung, Überlebensstrategien für den (Qualitäts-)Journalismus, Urheberrechte – und naturgemäß die durch das Netz nicht verschwundene Frage nach dem öffentlichen Rundfunk in der zukünftigen Medienwelt.

Wer die Texte liest, sieht sich einem Bombardement von Fakten, Argumenten, Positionen und Postulaten ausgesetzt. Auch die Herausgeber konnten sich nicht zu einer resümierenden Verdichtung entschließen. So endet der Band mit einem etwas wirren Epilog von Sascha Lobo und bestätigt damit ein essentielles Defizit dieser Debatte Netzpolitik: Es fehlt ihr an begrifflicher Klarheit, sachlicher Modernität und Stringenz. So verbalradikal sich die Beiträge auch geben – ihr Nachdenken über den Strukturwandel der Medien bleibt der Vergangenheit verhaftet. Einzig Gerhard Vowe formuliert wissenschaftlich präzise und erkenntnisfördernd, aber folgenlos: „Das Internet erweitert nicht bloß unser Medienrepertoire um zusätzliche Kanäle, sondern bildet eine vollkommen neue Infrastruktur für jegliche Form gesellschaftlicher Kommunikation“ (S. 76). Wäre das problemgeschichtliche Gedächtnis im Fach Kommunikationspolitik nicht so traurig verkümmert, wie alle Beiträge, wirklich alle dem (älteren!) Leser bitter klar machen, so müsste das Denken in einer Theorie der Infrastrukturen seit der von Eberhard Witte 1974/75 geleiteten „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems“ (KtK) eine intellektuelle Selbstverständlichkeit sein. Die gleiche Notwendigkeit einer methodischen Klärung gilt auch für alle normativen Fragen: Das gängige Begriffswirrwarr ist nur durch eine (nicht nur juristische) Theorie der Kommunikations-

*Wer die Texte liest, sieht sich
einem Bombardement von Fakten,
Argumenten, Positionen und
Postulaten ausgesetzt.*

freiheit zu durchdringen. Die Praktiker aller Kategorien müssen solche kritischen Hinweise nicht interessieren; sie finden hier ein reiches Repertoire für ihr Nachdenken und Handeln. Für die einschlägigen wissenschaftlichen Institute aber sollte es heißen, sich kommunikationspolitisch an die Arbeit zu machen.

Wolfgang R. Langenbacher, Wien

Yasmin Schulten-Jaspers: Zukunft der Nachrichtenagenturen. Situation, Entwicklungen, Prognose. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2013 (= Aktuell. Studien zum Journalismus, Band 6), 234 Seiten, 36,00 Euro.



Dass Nachrichten auch Waren sind, ist mittlerweile ein geflügeltes Wort. Ohne einen Businessplan kommen privatwirtschaftlich organisierte Nachrichtengroßhändler nicht aus. Das gilt auch für den besonders wettbewerbsintensiven Nachrichtenmarkt in Deutschland. Dort tummeln sich so viele Nachrichtenagenturen wie sonst wohl nirgendwo auf der Welt und buhlen um die Gunst der Kunden aus Medien, Wirtschaft und Verwaltung. Zwei Beben haben den deutschen Agenturmarkt in den vergangenen fünf Jahren erschüttert: Ende 2009 übernahm der Deutsche Depeschen-Dienst (ddp) den deutschen Dienst von Associated Press (AP) und fusionierte 2010 zum ddpd (Deutscher Auslands-Depeschendienst). Das Ziel: Der führenden Agentur dpa Paroli bieten. Doch nur drei Jahre später folgte im Herbst 2012 die Insolvenz und im April 2013 das endgültige Aus des ddpd.

Dieser Umbruch im deutschen Agenturmarkt überlagert die Publikation von Schulten-Jaspers – der überarbeiteten Fassung der 2012 beim Institut für Journalistik der Technischen Universität Dortmund eingereichten Promotionsschrift. Ihre Studiendaten für die Dissertation hat sie vor der ddpd-Insolvenz erhoben, in der vorliegenden überarbeiteten Fassung ordnet sie die Entwicklungen ein. Die Studie ist in vier Kapitel unterteilt: Zunächst untersucht sie die Wandlungsprozesse und aktuellen Trends im Journalismus und auf dem deutschen Medienmarkt. Danach ordnet die Autorin die Nachrichtenagenturen auf dem Medienmarkt ein und porträtiert sie kurz. Die Teile drei und vier widmen sich dann der empirischen Forschung: Die Erläuterung ihrer Delphi-Befragung und die Darstellung der Befragungsergebnisse.

Schulten-Jaspers formuliert für ihre Studie zwei Ziele: Erstens will sie eine „Forschungslücke zur derzeitigen aber auch